

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) WBM-Neubauvorhaben Köpenicker Straße [Seite 6/7:](#) Flüchtlinge vorm LaGeSo in Moabit
[Seite 8/9/10:](#) Die Schule in der Adalbertstraße wird reaktiviert [Seite 11:](#) Wer war Hugo Heimann?



Ch. Eckelt

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 7. Dezember. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Heinrich-Heine-Denkmal an der Ecke Köpenicker Straße 101 / Heinrich-Heine-Straße, genau vor dem Stadteilladen »dialog 101«. Gewinner des Büchergutscheins ist Johannes Paschke – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Integrationspreis 2015 ausgelobt

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte lobt erneut einen Preis in Höhe von bis zu 2.000 € für erfolgreiche Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus. Bis 15.11.2015 können Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen werden. Vorschlagsberechtigt sind alle Einwohner/-innen mit Wohnsitz in Berlin. Hauptkriterien für die Vergabe sind »integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk Mitte mit hoher und nachhaltiger Wirkung, die Originalität der Idee, die mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität«. Die Auswahl trifft eine Jury der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Die öffentliche Übergabe des Integrationspreises erfolgt Ende 2015. Vorschläge bitte an das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Weitere Informationen unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/aktuelles-und-wissenswertes sowie beim Büro der BVV Mitte von Berlin, Telefon 901 82 45 51

11. November: Öffentliche Aktion gegen Wohnungsnot am Brandenburger Tor
Die Aktion wird getragen von der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Kooperation mit lokalen Bündnissen gegen Wohnungsnot, von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen sowie Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Neben der Verlesung der »Berliner Erklärung« mit zentralen Forderungen zur Überwindung der Wohnungsnot ist u.a. ein Bühnenprogramm mit Live-Musik und GesprächspartnerInnen aus Politik, Verbänden und mit Betroffenen, einen Schlafsack-Flashmob, eine Fotoausstellung und einen Chor-Auftritt mit Beteiligung Betroffener geplant.*

11. November, 12–15 Uhr, Pariser Platz

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Str. 101, demnächst also am 17. November. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter!

»Runder Tisch Köpenicker Straße«

Der Runde Tisch berät über Lösungsmöglichkeiten für Probleme im Gebiet, insbesondere Drogen, Lärm, Müll und Verkehrsströme, die durch die starke touristische Belastung und die Clubszene entstehen. Eigentümer, Mietervertreter, Club- und Hostelbetreiber, Polizei, Ordnungsamt tagen zusammen mit dem Präventionsbeauftragten des Bezirks als Moderator. Die Runde findet alle zwei Monate statt und ist öffentlich. Nächster Termin: 2. November 2015, 11 Uhr, Stadteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101.

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint ab 16.12. Redaktionsschluss ist Freitag, der 4. Dezember. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Feser, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.



Links: Grüntuch Ernst Architekten, oben: LOVE architecture & urbanism

WBM-Neubauvorhaben an der Köpenicker

Im Architekturwettbewerb kürte die Jury gleich zwei Sieger

Wohnungen werden in Berlin dringend gebraucht. Auch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) will entlang der Köpenicker Straße Neubauten errichten: An der Ecke Michaelkirchstraße / Köpenicker Straße soll ein Punkthochhaus entstehen – als Pendant zum bereits bestehenden 12-Geschosser an der Ecke Köpenicker / Heinrich-Heine-Straße. Zwischen diesen beiden Punkten sollen vor dem bestehenden Plattenbauriegel auf dem bisherigen Parkplatz weitere Wohnungen entstehen. Die WBM hatte dafür fünf Punkthäuser mit insgesamt 150 Wohnungen vorgeschlagen. Eine große Tiefgarage soll die wegfallenden Stellplätze ersetzen, zusätzliche Gewerbeeinheiten und eine Kita sollen dazu beitragen, die bislang unzureichende Infrastruktur im Gebiet zu verbessern.

Für dieses Vorhaben hatte die WBM, die die Grundplanung im letzten Winter auch öffentlich vor dem BVV-Ausschuss vorstellte, einen Architekturwettbewerb ausgelobt. Durch eine Jury, bestehend aus der Berliner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, dem WBM-Geschäftsführer Lars Ernst, Kristina Laduch vom Stadtentwicklungsamt des Bezirks und vier freien Berliner Architekten, wurden nun gleich zwei erste Preise vergeben: an das Berliner Architekturbüro Grüntuch Ernst sowie an die österreichische ARGE »Love architecture and urbanism ZT«.

Der Entwurf von Grüntuch Ernst hält sich eng an die Vorgaben der WBM: Er sieht vier achtgeschossige Punkthäuser entlang der Köpenicker Straße und ein zwölfgeschossiges Hochhaus an der Ecke Michaelkirchstraße vor. Dieses Gebäudeensemble soll durch ein flaches, transparentes Sockelgeschoss miteinander verbunden werden. Im Sockelband befinden sich neben Gewerbeflächen und Raum für eine Kita auch Gartenhöfe.

»Love Architecture« entwarf dagegen eine mutige Alternative: Statt einzelner Punkthäuser, wie angeregt, schlugen sie einen dreigeschossigen durchgehenden Riegel vor der Köpenicker Straße 104–114 vor. Das hätte mehrere Vorteile: Zum einen würde der dreigeschossige Bau den zehngeschossigen Plattenbau an der Köpenicker wesentlich weniger verschatten. Zum anderen böte ein durchgehender Riegel

eine klare Begrenzung zur Straße hin. Das könnte auch deutlich eine Grenze für jene Clubbesucher markieren, die bislang die Bewohner der Köpenicker Straße 104–114 mit Drogenkonsum, Urinieren, Übernachten und Müll in den Hausfluren belästigen. Freiflächen entstünden im geschützten Raum zwischen dem Neubauriegel und dem Plattenbau.

Die beiden Siegerentwürfe wurden im Oktober überarbeitet und nun von der WBM geprüft – eine Entscheidung will die WBM als Auftraggeberin noch im November treffen, bevor alle Entwürfe öffentlich im Stadteilladen »dialog 101« ausgestellt werden. Dazu heißt es seitens der WBM: »Schon vor der öffentlichen Ausstellung der Entwürfe im Dezember 2015 wird feststehen, welcher Entwurf zum Tragen kommt. Damit ist das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen und eine Bürgerbeteiligung im herkömmlichen Sinne nicht vorgesehen. Anregungen und Hinweise der Anwohner werden dennoch gerne aufgenommen und wir werden prüfen, inwieweit wir diese im weiteren Planungsverlauf berücksichtigen können.«

Allerdings wäre es schon im bisherigen Verfahren mehr als angebracht gewesen, sowohl den »Runden Tisch Köpenicker Straße«, der sich ja schon länger explizit mit der spezifischen Problematik im Gebiet befasst (Clubszene, Hostel, Lärm, Drogen, Müll) als auch die Betroffenenvertretung im Gebiet von vornherein in die Entscheidungsfindung einzubinden. Es wäre auch sinnvoll, angesichts der ortsspezifischen Drogenproblematik die Expertin Ingrid Hermannsdorfer hinzuzuziehen – eine Architektin, die beim Landeskriminalamt für Städtebauliche Kriminalprävention zuständig ist. Zu hoffen ist, dass die WBM bei der Überarbeitung der Entwürfe diese Beteiligung nachholt.

Zur Frage nach dem Charakter und Preisen der geplanten Wohnungen teilt die WBM mit: »...welchen Charakter die geplanten Wohnungen haben sollen und wie die Miethöhen sein werden, können wir erst nach Prüfung der überarbeiteten Entwürfe und nach der Entscheidung, welcher Entwurf realisiert werden soll, geben. Das gilt auch für die Mietpreise, da diese von den Kosten abhängen und die Kostenschätzung/-prüfung für die überarbeiteten Entwürfe erst im November vorliegt. Fest steht zumindest, dass es auch einen Teil preisreduzierter bzw. geförderter Wohnungen für WBM-Inhaber geben wird.«

Im Dezember werden alle Entwürfe im Stadteilladen »dialog 101« öffentlich präsentiert, den genauen Termin findet man bald unter www.luisenstadt-mitte.de

Kein Baden in der Spree

Zweiter Workshop zum Spreeufer –
Abschlussveranstaltung am 3. Dezember

Der zweite Workshop zur Spreeuferentwicklung am 10. Oktober brachte durchaus brauchbare Ergebnisse. Doch nach der dritten öffentlichen Veranstaltung zu diesem Thema zeigt sich, dass es auch immer noch etliche eher unrealistische Wünsche zur Gestaltung des künftigen Spreeuferwegs gibt, wobei die Realisierungsmöglichkeiten aber begrenzt sind.

Im nächsten Jahr ist beabsichtigt, einen freiraumplanerischen Wettbewerb zur Gestaltung des Spreeufers auszuloben.

Schilf wie im Engelbecken wird entlang der »Bundeswasserstraße« Spree wohl kaum angepflanzt werden – das Wasser ist dafür zu tief. Und dass man hier in absehbarer Zeit baden darf, ist ebenso schwer vorstellbar: Nicht die Wasserqualität der Spree, sondern die Bestimmungen der Berliner Badegewässerverordnung und die Belange der Schifffahrt lassen dies nicht zu. Was also am Kupfergraben noch denkbar wäre (und tatsächlich diskutiert wird), ist am Ufer der inneren Stadtsprees unmöglich: die Einrichtung von Badestellen. Denn in dem fraglichen Bereich dürfen nicht einmal Ruderboote oder andere nichtmotorisierte Freizeitboote die Spree befahren. Zwar könnte man an der einen oder anderen Stelle vielleicht das Ufer so herrichten, dass man hier seine Füße ins Wasser strecken kann. Ein solches Bauwerk müsste jedoch dem Wellenschlag der Schifffahrt und im Winter auch den Eisschollen standhalten. Zudem würde es auch ziemlich viel Platz beanspruchen, denn die Böschung müsste dort sehr flach sein. Den Landschaftsarchitekten, die im kommenden Jahr konkrete Entwürfe für den Uferbereich ausarbeiten sollen, könnte man dieses Anliegen in Form eines Prüfauftrages in die Aufgabenstellung schreiben.

Bei dem Oktober-Workshop ging es darum, solche und ähnliche Kriterien für den geplanten Architekturwettbewerb im kommenden Jahr anzuregen. Vorbedingungen werden dabei vom Bezirk festgelegt – zum Beispiel, dass die Grünpflege nicht zu aufwändig werden darf. Ausnahmen könnten »Optionsflächen« sein, in denen Anwohner sich vertraglich verpflichten, die Pflegearbeiten selbst durchzuführen. Dafür haben schon mehrere Gruppen Interesse signalisiert. Dennoch werden auch hier nicht alle Träume realisiert werden können: für naturnahe Erlebnisräume fehlt schlicht der notwendige Platz.

Platz bräuchten auch andere Konzepte wie beispielsweise die »Geschichtsinself«, die entlang des Weges historische Erklärungen zu konkreten Orten vermitteln sollen. Am Märkischen Museum zum Beispiel, dessen Mitarbeiter diese Anregung einbrachten, oder an der Eisfabrik, wo sich ein Rest der Hinterlandsmauer und weitere denkmalgeschützte Elemente der ehemaligen Grenzsicherungsanlagen befinden. Im Gegensatz zur nahe gelegenen East-Side-Gallery vermittelt dieser Ort tatsächlich noch Einblicke in den Aufbau und die Systematik der wasserseitigen »Grenzsicherung«. Andererseits wäre dieser Ort in der Luisenstadt kaum geeignet, große Touristenströme wie an der East Side Gallery aufzunehmen.

Andere Bereiche für solche »Geschichtsinself« könnten die Einmündung des Wilhemine-Gemberg-Wegs, eine Fläche beim Heizkraftwerk an der Michaelbrücke sowie ein Bereich im mittleren Ab-



schnitt zwischen Michael- und Jannowitzbrücke sein. Eine weitere Insel könnte schließlich auf der anderen Seite des Engeldamms entstehen, wo einst die Mauer stand und wo auf die Mauertoten hingewiesen werden könnte. Diese kleine Grünfläche gehört zwar offiziell noch zum Bezirk Mitte, die Planung für den Uferweg ist dort aber sinnvollerweise dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg übertragen worden, denn hier müsste ja der Anschluss für den Abschnitt bis zur Oberbaumbrücke entstehen. Für diesen gibt es zwar schon Ideen und Planungsvorschläge, die Realisierung scheint allerdings noch in weiter Ferne zu liegen.

Zu konkreten Ergebnissen kam der Workshop bei der Frage, welchen Charakter der Weg haben soll. Dies war zuvor strittig – einige hatten gefordert, ihn nur zum Teil für Fahrradfahrer freizugeben. Der für die Planung zuständige Gruppenleiter im bezirklichen Straßen- und Grünflächenamt, Siegfried Dittrich, präsentierte beim Workshop zahlreiche Beispiele aus dem Bezirk. Ein Fußweg, auf dem der Fahrradverkehr durchgehend zulässig ist, erscheint demnach als sinnvollste Variante. An einigen Stellen wird dieser Weg ziemlich eng, zum Beispiel am Heizkraftwerk, wo bereits ein Wegstück gebaut ist, das sich aufgrund der Betriebsanforderungen des Kraftwerks kaum anders gestalten lässt. Deshalb sollte dieser Wegeabschnitt auch baulich signalisieren, dass Radfahrer hier nicht schnellstmöglich vorankommen können – zum Beispiel durch kurze Streckenabschnitte mit Steinpflasterung in den Eingangsbereichen.

Die Ergebnisse der Workshops werden nun in Leitlinien zusammengefasst und in der Abschlussveranstaltung am 3. Dezember vorgestellt. Sie dienen der Vorbereitung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs, dessen Auslobung für 2016 vorgesehen ist. Die Wettbewerbsbeiträge werden dann von einer Jury aus Fach- und Sachpreisrichtern bewertet. Als stimmberechtigter Preisrichter kann auch ein Mitglied der Betroffenenvertretung benannt werden. Bevor die Jury über den Siegerentwurf entscheidet, sollen die eingegangenen Beiträge in anonymisierter Form noch einmal öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. cs

Abschlussveranstaltung Workshopverfahren Spreeuferentwicklung:
Donnerstag, 3. Dezember, 18 Uhr, Stadteilladen Dialog 101,
Köpenicker Straße 101
Ein großes Informationsangebot zum Thema findet sich auf:
www.forum.luisenstadt-mitte.de

Kommentar

Ein Lob dem Subbotnik

Es gibt aussterbende Wörter. Es gibt auch Listen von aussterbenden Wörtern. Der Rowohlt-Verlag hat vor einigen Jahren sogar ein ganzes »Lexikon der bedrohten Wörter« herausgebracht. Darunter finden sich solche, über die technologische Entwicklung hinweggerollt ist, etwa »Bandsalat« – der Begriff beschreibt das tragische Ende vieler heiß geliebter Musikkassetten (eine ebenfalls aussterbende Spezies) in den 70er und 80er Jahren. Andere passen einfach nicht mehr in die Zeit, zum Beispiel »Fräulein«. So redete man früher unverheiratete Frauen gleich welchen Alters an, selbst amtliche Formulare unterschieden drei Formen der Anrede: Herr / Frau / Fräulein. Wieder andere fielen der sprachlichen Globalisierung zum Opfer: Ins »Kittchen« kam früher, wer böse Sachen machte – nein nicht in die Küche, sondern in den Knast!

An dieser Stelle sei ein Wort gepriesen, über das die Wiedervereinigung hinweg gefegt ist. Es geht hier nicht um »Westpaket«, »Grilletta« oder »Broiler«, was folgt, ist kei-

ne billige Ostalgie. Es geht um ein Wort, das seine Bedeutung in der Jetztzeit wieder erlangt. Es heißt »Subbotnik« und hat, wie unschwer zu erkennen ist, russische Wurzeln. »Subbota« heißt Samstag, Genosse Wladimir Iljitsch Lenin hatte kommunistische Arbeiter, die samstags freiwillige Sonderschichten fuhren, »Subbotniks« genannt. In der DDR bezeichnete der Begriff anfangs Ähnliches: Sondereinsätze für den Wiederaufbau oder die Steigerung der »sozialistischen Produktion«. Der Begriff wanderte dann ins Alltagsleben. In den 80er Jahren verstanden die meisten DDR-Bürger darunter die gemeinsamen Aufräum- und Putzaktionen, die die Mieter eines Wohnhauses alle paar Monate durchführten. Das waren nicht immer beliebte Termine. »Ich fand es eher nervig, samstags mittags von der Schule nach Hause zu kommen und dann noch bei einem Subbotnik mitmachen zu müssen,« erzählt eine im Osten aufgewachsene heutige Mitt-Vierzigerin, »aber im Nachhinein gab es dann doch ein Gefühl von Hausgemeinschaft. Man lernte so seine Nachbarn besser kennen.« Es steckte ein milder Zwang hinter den Subbotnik – aber keiner, der von staatlichen Stellen oder gar der Stasi ausgegangen wäre. Wer sich aber allzu häufig dem Subbotnik entzog, der musste einfach damit rechnen, dass über ihn nicht immer so freundlich geredet wurde. Die meisten Ostler haben dennoch eher positive Erinnerungen daran. Wenn man sie fragt, was besser war in der DDR, dann nen-

nen viele, darunter auch die ganz und gar nicht ostalgieischen: »unsere Hausgemeinschaft«.

Auch heute ist ja wieder viel von Freiwilligenarbeit die Rede. In Zeiten von Facebook scheint sich diese auch weit außerhalb der Dächer von Hilfsorganisationen geradezu spontan zu organisieren. In Spandau zum Beispiel konnte man beobachten, wie sich um die von heute auf morgen neu eingerichtete Flüchtlingsunterkunft in der Knobelsdorf-Kaserne praktisch sofort ein Netzwerk von rund 1600 Freiwilligen bildete, strukturierte und effektiv mit der Arbeit begann, bis hin zum Deutschunterricht. Und es geht derzeit überall vergleichbar zu, wo Flüchtlingsunterkünfte eröffnet werden. Aber auch außerhalb der »Flüchtlingskrise« spielt sich ähnliches ab. Am »Aktionstag für ein sauberes Berlin«, den der Tagesspiegel, der Paritätische Wohlfahrtsverein und die Initiative wirBerlin Mitte September zum fünften Mal organisierten, veranstalteten über 230 Gruppen mit zusammen mehr als 10.000 Mitwirkenden Aufräumaktionen im öffentlichen Raum – ein neuer Rekord, und zwar ein eindeutiger!

Die Organisatoren nannten das etwas umständlich »bürgerschaftlichen Einsatz zum Wohle unserer Stadt« – »Berlin-Subbotnik«, das haben sie sich dann noch nicht getraut. Es wäre aber sinnvoll, dem Kind einen Namen zu geben: schon allein wegen der angenehmen Erinnerungen, die sich im Nachhinein einstellen! cs

Bildecke



LaGe? So:

Einerseits ändert sich die Lage von Tag zu Tag. Andererseits ändert sich erschreckend wenig.



Geändert hat sich vor allem das Wetter. Jetzt, Ende Oktober, erreichen die Temperaturen nachts Frostgrade, tags liegen sie manchmal nur ein paar Grad mehr über dem Nullpunkt. Seit August, als immer mehr Flüchtlinge in Berlin ankamen, sind die Temperaturen um 30 Grad gesunken. Täglich kamen seitdem bis zu 500 Flüchtlinge vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in der Turmstraße an, das für die Erstaufnahme und Registrierung der Flüchtlinge im Land Berlin zuständig ist. Berlinweit kommen schätzungsweise 1000 Menschen – täglich.

An den chaotischen Zuständen vor dem LaGeSo in Moabit hat sich seit dem heißen Sommer wenig geändert – außer dass immer mehr Menschen Hilfe suchen, erschöpft auf und vor dem Gelände kampieren. Sie versuchen, sich notdürftig mit Kapuzenpullovern, Mützen und Jacken gegen Nässe und Kälte zu schützen. Manche haben kleine Iglu-Zelte aufgestellt, wie man sie ansonsten in deutschen Vorgärten als Spielort für Kinder sieht – hier suchen Familien damit Schutz gegen die Witterung, wenigstens für die Kinder. Doch wenn es regnet, wird der aufgewühlte Boden zu Schlamm mit riesigen Pfützen.

Ohne Ehrenamtliche wäre es eskaliert

Ansonsten gilt: Warten, warten, warten. Manche der ca. 1000 Menschen, auf dem Areal, so berichten ehrenamtliche Helfer, warten hier schon seit acht Wochen. Hunderte stauen sich vor nur einer Anzeigetafel mitten im Freien, wo die Wartenummern angezeigt werden. Hunderte, vor allem jüngere Männer, stehen zwischen Absperrgittern Schlange, um eine Erstregistrierung für sich und ihre Familien zu erhalten. Erst damit kann das Asylverfahren beginnen, gibt es womöglich eine Chance, Angehörige aus den Kriegs- und Krisengebieten nachzuholen, aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Eritrea. Die Situation in der Turmstraße war zumindest bis jetzt noch immer katastrophal. Und wären nicht Hunderte ehrenamtliche Helfer eingesprungen, wären nicht Johanniter, Caritas und das THW und Netzwerke wie z.B. »Moabit hilft« vor Ort gewesen, hätten geholfen – mit stundenlangen Einsätzen sieben Tage die Woche, mit der Organisation nächtlicher Unterbringungsmöglichkeiten, mit Kleider- und vielen anderen Spenden, der Verteilung von Mahlzeiten und Trinkwasser, mit ärztlicher Erstversorgung, die Ärzte neben ihrem eigentlichen Job hier ehrenamtlich leisteten, mit Ansprache und dem Versuch, das Chaos etwas zu ordnen – dann wäre die Lage längst eskaliert.

Obwohl das LaGeSo und der zuständige Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja (CDU) Abhilfe versprochen, hat sich seit August nicht viel getan, die Bürokratie scheint in Berlin offenbar – anders als in München – die größte Hürde zu sein. Offenbar werden hier auch das Versagen des Senators, die komplette Überforderung der ihm unterstellten Behörde und das Unvermögen der Bürokratie, flexibel auf besondere Umstände zu reagieren.

Unvermögen der Bürokratie

- Noch bis Mitte Oktober waren zwei Großraumzelte auf dem LaGeSo-Areal an der Turmstraße wochenlang abgesperrt, wegen »fehlender Rettungswege«. Nun erst sind wurden sie freigegeben – eines davon für die Antragsbearbeitung), das andere als Wartehalle.
- Pro Tag schaffen die Moabiter LaGeSo-Beamten gerade mal 250 Bearbeitungen, der Stau wird von Tag zu Tag größer. Weil die Flüchtlinge Angst haben, morgens keine Platz vorn in der Warteschlange zu bekommen, nächtigen sie teils direkt an der Turmstraße, teils auch im Kleinen Tiergarten – auch bei strömenden Regen und der Herbstkälte. Die Zahl sogenannter »Altfälle«, also noch nicht bearbeiteter Anträge beläuft sich inzwischen auf 5300.
- Korruptionsvorwürfe wurden laut, vor allem gegen Mitarbeiter jener privaten Security-Firma, die als Subsub-Unternehmen für das LaGeSo tätig ist. Manche sollen sich dafür bezahlen lassen, gegen Geld den zahlenden Flüchtlingen einen vorderen Platz einzuräumen. Ein Dolmetscher wurde deshalb bereits gefeuert.
- Wegen der schleppenden Bearbeitung stauten sich bereits täglich morgens ab vier Uhr die Wartenden vor dem Areal. Es gab Verletzte, die beim Ansturm auf das LaGeSo-Gelände niedergetrampelt wurden, zwei Menschen mussten bereits von Notärzten reanimiert werden. Es gibt hochschwängere Frauen, Frauen mit Neugeborenen und schwerst Versehrte, die von Amtsseite keine Behandlung bekommen – nur dem aufopferungsvollen Einsatz von Ärzten, die hier seit Wochen rund um die Uhr ehrenamtlich tätig sind, ist es zu verdanken, dass die Menschen wenigstens notdürftig ärztlich versorgt werden. Es gibt traumatisierte Minderjährige, die ohne Eltern hier sichtlich gezeichnet ankommen und kaum aufgefangen werden – außer von ehrenamtlichen Helfern.
- Das immer noch chaotische Geschehen vorm LaGeSo führt zunehmend nur zu wachsenden Aggressionen und Auseinandersetzungen, weshalb die Polizei immer öfter anrücken und deeskalieren muss. Die private Security ist meist wenig hilfreich.

- Doch als Mitarbeiter des LaGeSo in Gleitschicht für längere Öffnungs- und Bearbeitungszeiten sorgen sollten (etliche waren auch bereit dazu), zog prompt der Personalrat vor Gericht, der sich übergangen fühlte – mit Erfolg: Bearbeitet werden dürfe weiterhin nur zwischen montags bis freitags 9 und 17 Uhr, entschied das Gericht. Davor, danach und an den Wochenenden sind die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Und außerhalb der Turmstraße gibt es in der Nähe nur ein öffentliches Klo für 50 Cent. Auf dem LaGeSo-Gelände mangelt es an Toiletten.
- Der zuständige Sozialsenator Mario Czaja versprach zwar vor Wochen, dass es auch dezentral Registrierungsmöglichkeiten durch LaGeSo-Mitarbeiter geben sollte, beispielsweise in der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau, wo 1700 Flüchtlinge untergebracht sind. Dort herrschen – im Gegensatz zur Turmstraße – noch eher geordnete Zustände, der beauftragte Betreiber Prisd kümmert sich und kooperiert auch mit den zahlreichen freiwilligen Helfern. Doch die angekündigte dezentrale Registrierung in Spandau wurde vom LaGeSo schnell wieder eingestellt, aus unbekanntem Gründen. Mit der Folge, dass die wartenden Flüchtlinge nun wieder täglich von Spandau nach Moabit pilgern mussten.
- Die Unterbringung in zwei Hangars in Tempelhof und im ICC, die für Dezember geplant war, verzögert sich – es gibt Bedenken wegen undichter Dächer und des mangelnden Brandschutzes. Der Senator prüfe und prüfe nur, hieß es inzwischen aus verärgert aus dem Senat.

Flüchtlinge pilgern quer durch die Stadt

Auch die neue Aufnahmestelle in der Bundesallee, die Mitte Oktober in einem ehemaligen Bankgebäude eingerichtet wurde, wird an der Situation wenig ändern. Denn immer noch müssen sich die neu Ankommenden zuerst in der Moabiter Turmstraße registrieren lassen, dort bekommen sie in der einen beheizten Halle nun Armbändchen in gelb, blau oder grau mit ihren persönlichen Daten. Damit warten sie im zweiten beheizten Zelt auf Busse, die sie dann quer durch Berlin in die Bundesallee zu weiteren Bearbeitungsterminen fahren oder in Notunterkünfte. Unterkunft- oder Campmöglichkeiten gibt es in der Bundesallee nicht.

Derweil warten die, die schon seit Wochen vorm Moabiter LaGeSo warten, die sogenannten »Altfälle« weiter. Erschwerend kommt hinzu, dass es offenbar an geeigneten Betreibern und sozialen Trägern mangelt, die größere Unterkünfte betreuen könnten. In der Vergangenheit hatte der Verdacht, LaGeSo-Chef Franz Allert habe bei Beauftragungen einen Patensohn bevorteilt, für öffentliche Unruhe gesorgt. Teils werden Gutscheine für Hostels verteilt, die jedoch mehrheitlich diese Gutscheine nicht mehr akzeptieren wollen, weil die Bezahlung durch das Land Berlin nicht zuverlässig sei. Zum anderen zeichnet sich aber auch ab, dass es dort teils eine unverschämte Geschäftemacherei seitens Hostels und Hotels gab und noch gibt.

Helfer am Rande der Belastbarkeit

Angesichts der anhaltend katastrophalen Zustände schlug Mitte Oktober das Bündnis »Moabit hilft« laut Alarm und wandten sich mit einer Pressekonferenz und einer Demo an die Öffentlichkeit. Es schilderte konkrete Fälle und die derzeitige Lage auf dem Moabiter Areal, es berichtete auch, dass inzwischen eine große professioneller Caterer-Firma einen ehrenamtlichen Verein beim Veterinäramt angezeigt und ausgebootet habe, der seit Wochen bis zu 1500 warme Abendessen auf dem Areal ausgab.

Wir brauchen Unterstützung jetzt!, sagt die Bürgerinitiative. Senat und Landesamt hätten es weder geschafft, die bisherigen Versprechungen einzuhalten, um die Moabiter Situation zu entlasten, noch, die ehrenamtlichen Helfer in irgendeiner Weise zu unterstützen, diese würden bestenfalls geduldet. Die ehrenamtlichen Helfer, so die Bürgerinitiative, »organisieren, kochen, sortieren, behandeln, pflegen, bespaßen, informieren, betreuen, begleiten, trösten, transportieren, aktivieren nach wie vor am LaGeSo. Und das oft 15 Stunden am Stück, Tag und Nacht, sieben Tage die Woche. (...) Die verzweifelten, wartenden Menschen werden Tag für Tag immer verzweifelter und der Winter steht vor der Tür. Nachweislich warten die Menschen vom Zeitpunkt des Anstellens für eine Nummer zur Registrierung bis zur Ausgabe der ersten Unterlagen bis zu 57 Tagen. (...) Familien mit Babys liegen auf kaltem Beton, Menschen ohne Unterkunft irren durch die Stadt, schlafen jede Nacht woanders oder unregistriert in Zelten, in Parks oder bei Bekannten in überfüllten Wohnungen.« »Moabit hilft« veröffentlicht regelmäßig eine aktualisierte Bedarfsliste für Spenden. Doch »Weder LaGeSo noch Senat stellen irgendwelche Güter zur Verfügung, nicht eine Decke, nicht ein Regenponcho, nicht eine Windel.«

Die erschöpften ehrenamtlichen Helfer machten deutlich, das vor allem die Flüchtlinge, aber auch die Helfer selbst inzwischen an den Rand der Belastbarkeit geraten und zornig sind, weil sie so wenig von der Politik unterstützt werden. Viele von ihnen haben ja auch Familie, Berufe, studieren, sind noch Schüler. Und viele von ihnen haben inzwischen das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung einfach auf das enorme ehrenamtliche Engagement verlassen, statt sich selbst schnell und flexibel um die akute Situation zu kümmern. Es scheint einfach keinen Plan zu geben. Im Gegensatz zu ihnen haben es Bürger verblüffend schnell geschafft, ungeheuer effektive Netzwerke z.B. über soziale Medien zu organisieren. Doch wenn sie nicht bald Unterstützung und Kooperation von staatlicher und kommunaler Seite erfahren, könnte die Stimmung schnell kippen. Dann könnte die überwältigende Hilfs-, Spenden- und Aufnahmebereitschaft vieler Berliner Bürger, die DIE ZEIT im August mit der schönen Überschrift »Ein zivilgesellschaftlicher Gänsehautmoment« lobte, bald an ihre Grenzen geraten. us

Kontakt zu »Moabit hilft« unter Moabit.hilft@gmail.com, www.moabit-hilft.com
Weitere Links zu Helferinitiativen unter: www.fluechtlingsrat-berlin.de



An den Schulen wird es eng

Wenn man Sabine Smentek, der Schulstadträtin von Mitte (SPD), zwei Fragen stellt, lacht sie erstmal: Denn es sind jene Fragen, die ihr immer wieder gestellt werden. Wie geht es weiter in Mittes Schulen angesichts wachsender Kinderzahlen? Und welche Kapazitäten kann man aktivieren?

Vor den Sommerferien gab es einige Aufregung unter Eltern, weil es hieß, dass in Mitte noch ca. 500 Erstklässler nicht wüssten, welche Grundschule sie künftig besuchen würden. »Die Situation hat sich dann aber doch erheblich entspannt«, sagt Smentek. »Letztlich konnten alle Erstklässler in Mitte innerhalb ihres Sprengels eingeschult werden.« Sprengel sind die Einzugsgebiete für Grundschüler in ihrem Kiez. Insgesamt gab es nur 50 Erstklässler mehr als im letzten Jahr.

»Alles relativierte sich dann doch etwas – auch, weil manche Familien wegziehen oder einige Schulkinder dann doch in Privatschulen angemeldet werden«, so die Stadträtin. Und weil die Schulverwaltung auf den zunehmenden Bedarf mit der Ausweitung der Kapazitäten reagierte: An vier Grundschulen wurden für dieses Schuljahr zusätzliche Klassen für die erste Klassenstufe eingerichtet – jeweils eine an der Möwensee- und der Erika-Mann-GS (beide Wedding) sowie der Koppenplatz-Schule und zwei an der Papageno-Grundschule (beide Mitte-alt). An letzterer gibt es schon länger erhebliche Raumnot, weshalb hier eine bauliche Erweiterung geplant ist; als Übergangslösung werden noch in diesem Jahr auf dem Areal Schulcontainer aufgebaut.

Nachdem in den letzten zwanzig Jahren etliche Schulstandorte in Mitte geschlossen oder fusioniert wurden, weil die Schülerzahlen rückläufig waren, hat sich die Situation längst gedreht. Sicher ist: In den Grundschulen in Mitte wird es in den nächsten Jahren noch enger werden. Die Kinderzahlen in der Berliner Innenstadt steigen weiter deutlich – wegen steigender Geburtenraten in der Innenstadt, anhaltenden Zuzugs von Familien nach Berlin und wegen der zunehmenden Zahl von Flüchtlingskindern, die ebenfalls Schul- und Betreuungspunkte brauchen.

Ein weiteres Problem: Etliche Berliner Schulen, auch in Mitte, kamen bislang kaum zur Ruhe – einerseits wegen veralteter Bedarfsprognosen, die den realen neuen Zahlen nicht entsprachen, andererseits wegen ständig neuer Schulreformexperimente des Senats.

Sabine Smentek kam erst Anfang 2014 ins Amt. Auf die neue demografische Lage hat sie bereits in diesem Sommer reagiert: Die Moabiter Carl-Bolle-Grundschule, die eigentlich langsam auslaufen sollte,

bleibt als Ganztagschule erhalten. An der Moabiter Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule werden im nächsten Schuljahr erstmals zwei erste Klassen der Grundstufe eingerichtet.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen bereitet Sabine Smentek mit der Schulverwaltung derzeit eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung für den Bezirk Mitte vor, die bereits bis zum Jahresende vorliegen soll. Die Vorbereitungen für das nächste Schuljahr laufen schon jetzt. »Den alten Schulentwicklungsplan können wir angesichts der neuen Entwicklungen in die Tonne treten«, sagt Smentek. Der Bedarf an Schulplätzen wächst immens.

Im Bezirksamt Mitte gibt es inzwischen eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, die auch in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt anhand einer Datenbank für geplante Wohnungsbauprojekte die künftigen Bedarfe ermittelt. Detailliert werden dabei alle Bauvorhaben im Bezirk mit Blick auf künftiges Familienwohnen analysiert und die Entwicklungsprognosen aktualisiert. So ergeben sich beispielsweise für die Nördliche Luisenstadt, aber auch für Wedding, Moabit und Mitte-alt zusätzliche Bedarfe. Hingegen sind in Tiergarten-Süd noch Kapazitäten frei.

Die Schulstadträtin, gleichermaßen unternehmerisch erfahren als auch mit Bauvorhaben vertraut, geht das Thema sehr praktisch an. Zunächst müssten die vorhandenen baulichen Kapazitäten voll genutzt werden: an den insgesamt 53 Schulstandorten in Mitte gebe es durchaus noch Ausbau- und Erweiterungsmöglichkeiten. Eventuell müsse man an einigen Standorten Fremdnutzungen einschränken oder Dachgeschosse ausbauen, eventuell auch Gebäude vom landeseigenen Immobilienmanagement (BIM) zurückholen.

In der Aktualisierung der Schulnetzplanung ist jetzt beispielsweise vorgesehen, dass das seit Jahren brachliegende Schulareal in der Adalbertstraße (Nördliche Luisenstadt) zügig wieder als Schulstandort reaktiviert wird, denn in dem Sanierungsgebiet entstehen derzeit zahlreiche neue Wohnungen. Doch das Schulgebäude ist erheblich sanierungsbedürftig. Für Umbau und Erneuerung können hier immerhin Mittel aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« eingesetzt werden. Auch andere Schulen im Bezirk sind sanierungsbedürftig – »doch dafür muss man auch Bauleiter finden«, sagt Smentek. Und das ist im bezirklichen Hochbauamt angesichts des chronischen Personalmangels nicht so einfach.

Eine große Herausforderung ist die Einrichtung von »Willkommensklassen« für schulpflichtige Flüchtlingskinder, für die es besonders wichtig ist, in den Schulalltag integriert zu werden, Sprachförderung zu bekommen. Die Stadträtin: »Wir haben inzwischen doppelt soviel Willkommensklassen als noch vor anderthalb Jahren prognostiziert.« Diese Klassen sind mit 10 bis 12 Schülern kleiner als Regelklassen und haben deshalb auch geringeren Raumbedarf, dennoch, so Smentek, »sind angesichts der derzeitigen Situation die vorhandenen Kapazitäten für ca. 60 Willkommensklassen vor allem in unseren Grundschulen schnell ausgeschöpft und werden wohl nicht ausreichen. Im Oberstufenbereich sind dagegen noch mehr Plätze frei. Willkommensklassen werden inzwischen laufend, fast im Monatsrhythmus eingerichtet.«

Für das notwendige pädagogische Personal ist allerdings der Senat, nicht der Bezirk zuständig. Die Schulaufsicht des Bezirks Mitte dürfte immerhin zwei zusätzliche Lehrer einstellen. Mussten noch vor einigen Jahren junge Lehramtsabsolventen scharenweise ihr berufliches Glück in anderen Bundesländern suchen, ist nun der Bedarf in Berlin immens, zumal etliche der angestellten oder verbeamteten Berliner Lehrer bald in Rente gehen werden. Smentek hat auf die Personalpolitik keinen Einfluss, aber sie kennt den Bedarf: »Die Senatsverwaltung stellt inzwischen auch Quereinsteiger ein.« us



Erster Bauabschnitt Melchiorstraße fertiggestellt

Seit Anfang 2015 wird die gesamte Melchiorstraße mit Fördermitteln des Programms »Städtebaulicher Denkmalschutz« umfassend erneuert und umgestaltet. Der Straßenbelag, die Gehwege und die Beleuchtung werden erneuert, Parktaschen angelegt und neue, standortgerechte Straßenbäume gepflanzt. Die Bauarbeiten sollen Ende 2016 abgeschlossen sein.

Der erste Bauabschnitt auf der südlichen Seite der Melchiorstraße konnte nach planmäßigem Bauverlauf Ende September 2015 sogar vorzeitig fertiggestellt werden. Der Verkehr wurde in dieser Zeit über die nördliche Seite der Melchiorstraße geführt.

Doch die vorzeitige Fertigstellung bedeutet nicht, dass der zweite Bauabschnitt im nördlichen Bereich früher beginnen kann, denn zuvor müssen dort noch die Wasserbetriebe Leitungen prüfen. Deshalb werden die Bauarbeiten zum zweiten Bauabschnitt entsprechend der ursprünglichen Planung erst im Frühjahr 2016 aufgenommen. Bis dahin wird der Verkehr weiter über den nördlichen Bereich geführt. Ab Anfang März soll dann die Baustelle »umgedreht« werden – dann beginnt die Erneuerung der nördlichen Straßenseite und des Kreuzungsbereichs Melchiorstraße/Adalbertstraße. In dieser Zeit erfolgt die Verkehrsführung dann über den südlichen Bereich. Mit der Neupflanzung der Straßenbäume wird die Baumaßnahme insgesamt voraussichtlich Ende 2016 abgeschlossen.

Schulareal Adalbertstraße wird reaktiviert

Gute Nachrichten für die Nördliche Luisenstadt: Die Entscheidung ist gefallen, das seit Jahren leer stehende Schulgebäude Adalbertstraße soll samt den dazugehörigen Freiflächen wieder als Grundschulstandort für das Gebiet aktiviert werden. Nach monatelangen Verhandlungen mit der Senatsverwaltung, die erwogen hatte, hier längerfristig ein Flüchtlingsheim einzurichten, kamen Bezirk und Senat zu dieser Entscheidung. Wie Mittes Schulstadträtin Sabine Smentek mitteilte, sei man im Bezirk nach umfangreicher Prüfung der zahlreichen Bauvorhaben im Gebiet und angesichts der aktuellen Entwicklungen zu dem Ergebnis gekommen, dass man diesen Schulstandort schon bald brauche – nicht erst in sieben oder acht Jahren, wie noch vor ein oder zwei Jahren vermutet. Angesichts der Bauprojekte lässt sich jetzt jedoch ein verstärkter Zuzug und damit verbunden auch ein Anstieg der Zahl schulpflichtiger Kinder für das Gebiet prognostizieren. Die Schulverwaltung sei dabei, für den Gesamtbezirk ihre Prognose und damit die Schulentwicklungsplanung bis zum Jahresende zu aktualisieren (siehe auch S. 8).

Für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, die den Standort für die Flüchtlingsunterbringung geprüft hatte, würde sich wiederum eine nur kurzzeitige Herrichtung für drei oder vier Jahre nicht rechnen, denn das Gebäude ist stark sanierungsbedürftig; der Umbau des alten Schulgebäudes aus DDR-Zeiten zu einer halbwegs menschenwürdigen Unterkunft mit ausreichend Sanitäreinrichtungen und kleineren Wohneinheiten wäre enorm aufwändig. Deshalb hat die Senatsverwaltung nun auf diesen Standort verzichtet.

Für eine Schulnutzung hingegen gibt es schon seit geraumer Zeit ein Sanierungskonzept – und da die Schule im Sanierungsgebiet liegt, wo Mittel aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« zur Verfügung stehen, ist eine zügige Sanierung und die Reaktivierung des Schulareals auch hinsichtlich der Finanzierung durchaus realistisch.

»Wir brauchen den Schulstandort Adalbertstraße nach allen neuen Erkenntnissen relativ schnell«, sagt Sabine Smentek, »und wir gehen die Planung jetzt an.« us



Schule, Spielplatz, Tennis



Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt lehnt das Blockkonzept des Bezirksamts Mitte für den »Westlichen Melchiorblock« ab – ebenso wie der Tennisclub Berlin-Mitte. Ohne dessen Mitwirkung ist das Konzept jedoch kaum in näherer Zeit umzusetzen.

Der »Westliche Melchiorblock« liegt zwischen Melchior- und Köpenicker sowie Michaelkirch- und Adalbertstraße. Im Block befinden sich unter anderem das A&O-Hostel, das ehemalige Schulgebäude Adalbertstraße 53 einschließlich seiner Schulsporthalle und das Gelände des »Tennisclubs Berlin Mitte –Albert Gutzmann e.V.« Mit dem Blockkonzept will der Bezirk die Sanierungsziele des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt konkretisieren: So soll die Schule saniert und wieder in Betrieb genommen werden. Zudem soll hier ein neuer öffentlicher Spielplatz entstehen.

Im letzten Jahr entwickelte dazu die »Planergemeinschaft Kohlbrenner e.G.« im Auftrag des Bezirksamts Mitte einen Vorschlag. Demnach könnte in der Mitte des Blockes eine neue Durchwegung mit Kinderspielplatz entstehen – an der Stelle der jetzigen Halle des Tennisclubs Berlin Mitte, die dafür abgerissen werden müsste. Im Gegenzug soll anstelle der bisherigen Schulsporthalle in der Melchiorstraße 20 und des kleinen ehemaligen Schulspielplatzes an der Ecke zur Adalbertstraße eine doppelstöckige Sporthalle errichtet werden. In diesem neuen Gebäude könnten eine Dreifachsporthalle für Schul- und Breitensport sowie drei Tennisplätze untergebracht werden – so viele wie derzeit in der Halle des Tennisclubs. Auf dem Dach befände sich sogar noch Platz für zwei zusätzliche Tennisplätze im Freien. Dafür sollte ein Teil des jetzigen offenen Vereinstennisplatzes der Schule als Flächen für Außensportanlagen zugeschlagen werden. Die kleine denkmalgeschützte Sporthalle neben der jetzigen Tennishalle soll nach diesem Vorschlag von einer sozialen Einrichtung genutzt werden, möglich wäre auch eine Kita.

Das Schulgebäude – ein klassischer DDR-Plattenbau vom Typ »SK Berlin« – würde an seinem südlichen Ende mit der neuen Sporthalle verschmelzen. Die Planergemeinschaft schlägt eine Erweiterung vor: Ein Anbau zum Schulhof hin könnte zusätzliche Klassen- und Fachräume schaffen. Zur Adalbertstraße hin soll ein Vorbau eine einheitliche Straßenfront schaffen, was einerseits die klimatischen Bedingungen in den Klassenräumen verbessern würde und andererseits im Erdgeschoss zusätzlichen Platz für eine Mensa böte. Damit würde die Schule modernen Anforderungen gerecht, wozu auch eine kostengünstige Bewirtschaftung gehört. Die Sanierung der Schule steht inzwischen auch konkret auf der Tagesordnung: Spätestens im Jahr 2020 soll sie nach den aktuellen Planungen wieder eröffnet werden. Zwischenzeitlich war diskutiert worden, hier vorübergehend eine Notunterkunft für Flüchtlinge ein-

zurichten. Angesichts der dramatisch ansteigenden Bevölkerungszahlen und des damit einhergehenden Bedarfs an Schulen wurden diese Überlegungen aber wieder verworfen (siehe auch Seiten 8 und 9).

Die Umsetzung des Blockkonzepts hätte also mehrere positive Effekte: Profitieren würden die Schule, der Breitensport und nicht zuletzt die Familien mit kleinen Kindern im Gebiet. Weniger klar sind jedoch die Vorteile für den 1990 gegründeten TC Berlin Mitte, der sich als »multinational« definiert. Zwar würde für ihn unter dem Strich ein zusätzlicher offener Tennisplatz herauspringen, Tennisplätze auf Dächern sind jedoch ungewöhnlich und zumindest in Berlin bislang noch unbekannt – hier stellen sich also etliche technische und rechtliche Fragen, auch sportlich könnte es wegen des stärkeren Windes auf dem Dach zu Problemen kommen. Auf wenig Gegenliebe stößt vor allem aber der Abriss der Tennishalle. Die hat der Tennisclub auf dem vom Bezirk gepachteten Gelände im Jahr 2002 selbst errichtet und finanziert. Für die Nutzung der Halle müssen die Tennisspieler zahlen, wobei die Preise auch deshalb relativ niedrig sind, weil die Mitglieder ehrenamtliche »Aufbaustunden« im Verein leisten. Diese Vereinsarbeit sieht der Club bei einer Umsetzung des Blockkonzepts als gefährdet an und lehnt dieses deshalb ab. »Wir sind ein Tennisverein und wollen kein Tennis-Center werden«, so beschreibt das Vereinsmitglied Frank Bertermann die Stimmungslage. Er ist Lokalpolitiker der Grünen und Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung in der BVV Mitte.

Aus der Sicht der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt ist das Blockkonzept in seiner jetzigen Form nicht realisierbar, deshalb lehnt sie es mehrheitlich ab. Das Bezirksamt könnte es zwar dennoch beschließen, müsste allerdings zunächst einmal klären, welchen Anforderungen das sanierte Schulgebäude genügen muss: Sind Anbauten auf dem Gelände des Schulhofs erforderlich oder kann auf diese auch verzichtet werden? Muss der Tennisclub tatsächlich einen offenen Tennisplatz abgeben oder geht es auch ohne dieses Gelände? Mit welchen Angeboten könnte man sonst noch auf den Tennisclub zugehen?

An Persönlichkeiten, die hier vermitteln könnten, dürfte solch ein Klärungsprozess eigentlich nicht scheitern. Frank Bertermann spielt beim TC Berlin Mitte häufig gegen Joachim Zeller (CDU), den langjährigen ehemaligen Bezirksbürgermeister von (Alt-)Mitte und jetzigen Abgeordneten im Europäischen Parlament. cs

Konitz, Berlin, New York

Das Leben des zweimaligen Berliner Ehrenbürgers Hugo Heimann

Wer hat Berlin in den 1920er Jahren zur größten Stadt der Welt gemacht? Es war Hugo Heimann, eine schillernde Figur der Kaiserzeit und der Weimarer Republik. Er war Jude, Verleger, Sozialdemokrat, befreundet mit August Bebel und Paul Singer, Reichstagsabgeordneter, Mäzen, Philanthrop und einer der wenigen, die gleich zweimal zum Ehrenbürger Berlins wurden.

Erstmals wurden er 1926 mit der Ehrenbürgerschaft für seine Verdienste um ein einheitliches Groß-Berlin gewürdigt. Mit der Schaffung dieser Großstadt durch zahlreiche Eingemeindungen war Berlin zur flächenmäßig größten Stadt der Welt geworden, hinsichtlich der Einwohnerzahl immerhin, nach New York und London, noch zur drittgrößten Stadt des Planeten.

Freunde der Luisenstadt und Geschichtsinteressierte können seit diesem Oktober im Foyer der Adalbertstraße 41 eine von der Hausgemeinschaft gestiftete Gedenktafel besichtigen. Diese Tafel erinnert an die erste »Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann«. Der Gründer war kein anderer als Hugo Heimann.

1859 war Heimann im westpreußischen Konitz geboren worden – und verlor schon kurz darauf seinen Vater. Der 1848er Revolutionär Mortier Levy kümmerte sich dann um den Halbweisen, so dass Heimann das Gymnasium Zum Grauen Kloster in Berlin besuchen und in London Buchhändler lernen konnte. Auch die aufsässige Gesinnung vermittelte Levy seinem Pflegesohn.

Wie Bernhard Thieme im »Berliner Biographischen Lexikon« schreibt, half Levy seinem Schützling dann, den Wissenschaftsverlag J. Guttentag zu übernehmen. Den konnte Heimann an de Gruyter verkaufen und dadurch finanziell unabhängig werden. Er reiste durch Algerien, Ägypten und Indien und stiftete 1899 in der Alexandrinerstraße eine Bibliothek, die er nach ihrem Umzug in die Adalbertstraße 1919 Berlin schenkte. Es war die erste Arbeiter- oder Volksbibliothek Berlins, Vorbild dafür waren die englischen Free Public Libraries.

Heimann war einer der ersten Sozialdemokraten im Preußischen Abgeordnetenhaus und der erste, der dort eine Rede zum Etat halten konnte. 1901 erbaute er in der Prinzenallee im Wedding die »Roten Häuser« für Sozialdemokraten und übertrug den Parteigenossen den Besitz. Mit diesem großherzigen Trick konnten sie als Hausbesitzer in die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden und so trotz des damaligen ungerechten Wahlsystems Einfluss auf die Politik nehmen.

Die Luisenstadt war schon mit dem Aufstand der Maschinenstürmer beim Bau des Luisenstädtischen Kanals und der blutigen Niederschlagung 1848 ein Zentrum der jungen Arbeiterbewegung geworden. So war es kein Zufall, dass Berlins erstes Gewerkschaftshaus, die »Rote Burg«, 1900 hier am Engeldamm 61–65 erbaut wurde. Während dieses Gebäude nach der Nutzung als Krankenhaus heute Privatwohnungen beherbergt, erinnert die Zentrale der Gewerkschaft Verdi zwischen Spree und Köpenicker Straße noch immer an diese Tradition.

Die Bibliothek in der Adalbertstraße 41 war ein städtisches Zentrum, sie diente von 1908 bis 1933 der fortschrittlichen und sozialen Bildung aller Schichten und zeigte in ihrem Bestand eine bemerkenswerte Toleranz. So sorgte Heimann dafür, dass dort sogar antisemitische Bücher ausgeliehen werden konnten, weil er jegliche Zensur ablehnte.

Doch sofort nach der Machtergreifung der Nazis wurde das Haus zu einer Propaganda-Einrichtung, in der sozialdemokratische, humanistische und linke Literatur durch ausschließlich »völkisches« Schriftgut ersetzt wurde. Über das Bibliotheksschild wurde eines mit der Aufschrift »Juden unerwünscht!« gehängt.

Das Gebäude wurde später, bei einem Bombenangriff 1945, völlig zerstört.

Wie so viele wollte auch Hugo Heimann nicht glauben, zu welchen Verbrechen die Nazis fähig waren, und weigerte sich bis 1939, sein Heimatland zu verlassen. Erst dann emigrierte er mit seiner Frau und den beiden Söhnen. Seine Tochter blieb auf ihren Wunsch hin zurück und wurde im KZ ermordet.

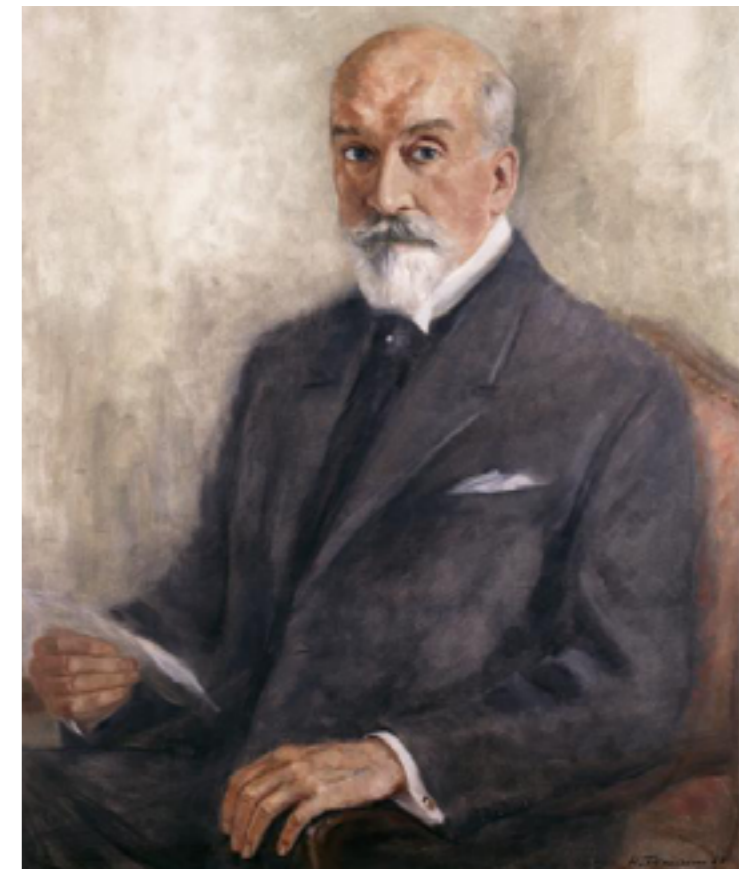
Heimann wurde amerikanischer Staatsbürger, aber er verteidigte Deutschland gegenüber dem Vorwurf der deutschen Kollektivschuld und kämpfte für einen gerechten Frieden mit Deutschland.

Die Nazis hatten Heimann die Berliner Ehrenbürgerschaft aberkannt, weil er Jude war. Aber 1947 wurde ihm diese Ehrung, die »in schmachvoller Zeit von den nationalsozialistischen Machthabern der Stadt widerrufen worden war«, erneuert. Mit dieser »Wiedergutmachung eines schweren Unrechts« sollte zugleich die »Ehrerbietung für alle vom Nationalsozialismus verfolgten Bürger von Groß-Berlin« bezeugt werden.

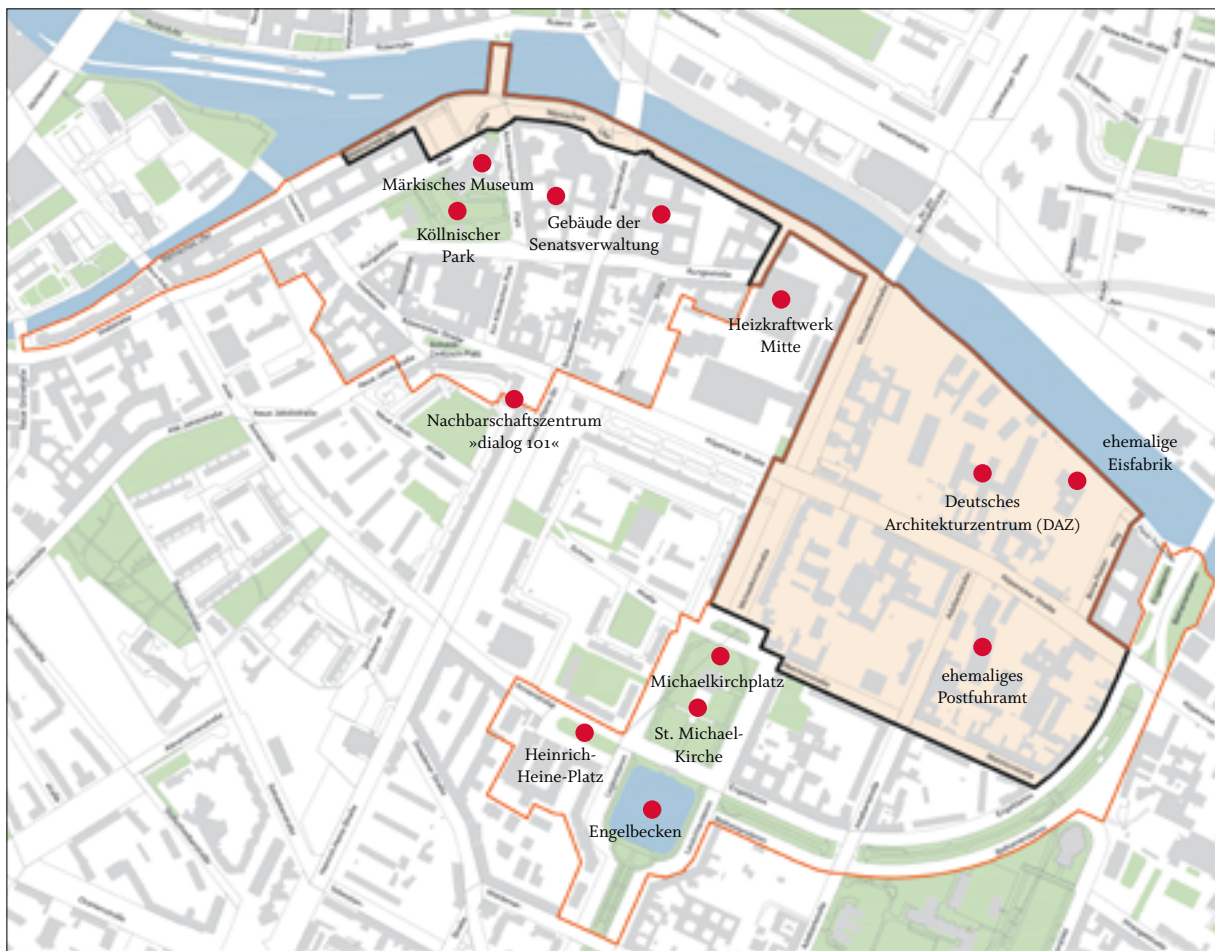
Nach dem oben erwähnten Biographischen Lexikon sei er 1951 in Berlin gestorben, nach anderen Angaben war es schon 1947.


Tatsächlich starb Hugo Heimann 1950 in New York. Am Tag seiner Beerdigung hingen in Berlin die Fahnen auf Halbmast. Falko Hennig


Der Autor lädt täglich zum Stadtpaziergang »Engel, Flieger & Genossen« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11, 15 und 20 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich 0176-20 21 53 39.



Hugo Heimann auf einem Gemälde von Helga Tiemann, Öl auf Leinwand 1969



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Betreuung Programm Städtebaulicher
Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr, Stadteilladen Dialog 101,
 Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr